

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Mi 26.10.2022 07:15

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** mailbox mailbox-werkleitung-mhm  
**Gesendet:** Montag, 24. Oktober 2022 10:59  
**An:** ITM Beschlusswesen; beschlusse.rit  
**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Markthallen München darf ich nach Rücksprache mit unserem IT-Service Fehlanzeige melden.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Viele Grüße

Werkleitung / Vorzimmer

\*\*\*\*\*

Landeshauptstadt München  
Markthallen München  
Werkleitung/Vorzimmer  
Schäftlarnstr. 10  
81371 München

Beschlussentwurf  
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXX  
E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln  
Stellungnahme des Mobilitätsreferates

per E-Mail  
an [itm.beschlusswesen@muenchen.de](mailto:itm.beschlusswesen@muenchen.de)  
und [beschluesse.rit@muenchen.de](mailto:beschluesse.rit@muenchen.de)

Mit E-Mail vom 21.10.2022 wurde das Mobilitätsreferat gebeten, zum o.g. Beschlussentwurf Stellung zu nehmen:

Das Mobilitätsreferat (MOR) stimmt dem Beschlussentwurf grundsätzlich zu.  
Wir bitten jedoch, folgende Änderungsvorschläge in dem Beschluss zu berücksichtigen:

Zu den Ausführungen zum Anliegenmanagement auf Seite 5, Kap. 2.2, Abschnitt „Anliegenmanagement“ bitten wir zur Klarstellung der Situation folgende Änderung aufzunehmen:

Die Sätze „Ziel ist es, bis 2025 eine stadtweite Anliegenmanagement-Plattform bereitzustellen. Im ersten Schritt werden die beiden bereits bestehenden Meldeplattformen „Mach München besser!“ und „Meldeplattform Rad“ fusioniert und damit eine zentrale Anlaufstelle für die Bürger\*innen sowie eine einheitliche, effizientere Bearbeitung der Meldungen auf Verwaltungsseite geschaffen.“

wird ersetzt durch folgende Formulierung:

„**Mittelfristig sollen** die beiden bereits bestehenden Meldeplattformen „Mach München besser!“ und „**Meldeplattform Radverkehr**“ fusioniert **oder über eine Schnittstelle miteinander verbunden** werden. Beide Varianten sollten gleichberechtigt geprüft werden. Ziel ist vornehmlich eine zentrale Anlaufstelle für die Bürger\*innen zu schaffen sowie eine einheitliche, effizientere Bearbeitung der Meldungen auf Verwaltungsseite zu ermöglichen.

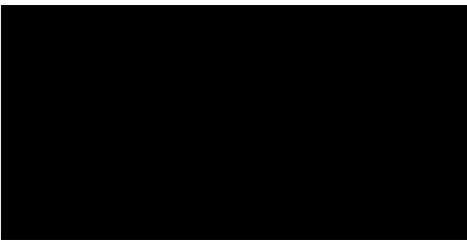
Die Meldeplattform Radverkehr ist etabliert und wird von den Bürger\*innen sehr gut angenommen. Außerdem bietet die Meldeplattform Radverkehr heute schon zahlreiche Funktionen, die über eine reines „Mängelmelden“ weit hinausgehen und die die Plattform „Mach München besser!“ aktuell nicht liefern kann. So wird die Meldeplattform aktuell zu einer Informationsplattform ausgebaut. Dabei sollen möglichst viele Informationen zum Thema Radverkehr wie relevante Beschlüsse, Fahrradstraßen, umgesetzte Maßnahmen etc. auf der Plattform gebündelt werden und den Bürger\*innen durch Zuschaltung einzelner Layer zur Verfügung stehen. Die Verknüpfung von Anliegen melden und Informationen abzurufen ist konzeptionell fest verankert. Durch die themenbezogenen Informationen wird erhofft, die Anzahl an Anliegen reduzieren und damit eine Entlastung der beteiligten Referate herbeiführen zu können.

Damit sich für die Bürger\*innen und in der Bearbeitung der Anliegen keine Verschlechterung ergibt, ist zuerst zu prüfen, wie eine Zusammenführung oder Verschneidung der beiden Plattformen ohne Einbußen gelingen kann und welche Schritte dazu notwendig sind. Die Prüfung und die Entscheidung über die weitere Vorgehensweise führen das IT-Referat und das Mobilitätsreferat, die die beiden Plattformen jeweils verantworten, gleichberechtigt, in gemeinsamer Abstimmung und im Konsens durch.“

Zum Thema Optimierung der Basiskomponente „Besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPO)“ auf Seite 6 bittet das MOR um Ergänzung des entsprechenden Abschnitts um folgende Passage:

„Um den dauerhaften Betrieb dieser Basiskomponente zu gewährleisten, führt das RIT ähnlich wie für andere Basiskomponenten einen IT-Service ein, über den u.a. neue Anwender\*innen die Einrichtung aller IT-technischen Voraussetzungen zur Nutzung des Behördenpostfaches beantragen können.“

Bisher existiert nur ein Artikel in der Wissensdatenbank „Zugriff weiterer Nutzer\*innen auf ein beBPO“. Die Fachanwender\*innen sind alleine nicht in der Lage, die darin beschriebenen technischen Voraussetzungen herzustellen.



Geschäftsleiter des Mobilitätsreferates

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Fr 28.10.2022 10:50

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** it.mse

**Gesendet:** Freitag, 28. Oktober 2022 10:40

**An:** ITM Beschlusswesen; beschlusse.rit

**Cc:**

**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

die MSE nimmt die Beschlussvorlage ohne Anmerkungen zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing.

Leitung MSE-PdIKA



Münchner  
Stadtentwässerung

Landeshauptstadt München  
Münchner Stadtentwässerung  
MSE-PdIKA  
Friedenstr. 40  
81671 München  
Telefon: (089) 233 - 62250  
Telefax: (089) 233 - 62245

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Di 15.11.2022 11:54

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** mailbox-plan.sg4

**Gesendet:** Dienstag, 15. November 2022 11:47

**An:** beschluesse.rit; ITM Beschlusswesen

**Betreff:** WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Kolleg\*innen,

bitte entschuldigen Sie die verspätete Rückmeldung.  
Das Planungsreferat stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Mit freundlichen Grüßen

Landeshauptstadt München,  
Referat für Stadtplanung und Bauordnung  
SG 4 GPAM - Leitung  
Blumenstraße 28 b, 80331 München  
Tel.: 089 233-23567  
Fax: 089 233-989 23567  
E-Mail: plan.sg4@muenchen.de

Datum: 08.11.22

**E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**

„Münchner Mängelmelder-Plattform benutzerfreundlich und multifunktional gestalten“ –  
Antrag Nr. 20-26 / A 00572 von Herrn StR Fabian Ewald und Herrn StR Jens Luther der CSU-  
Fraktion vom 23.10.2020

„Viel nachgefragte Onlineangebote für Bürger\*innen und Unternehmen schnell einführen“ –  
Antrag Nr. 20-26 / A 02536 von SPD/Grüne/RosaListe/Volt vom 16.03.2022

Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V05865 „Ergebnisse und Ableitungen der OpenData-Abfrage  
bei Referaten, Eigenbetrieben und Gesellschaften der LH München“ vom 18.05.2022 –  
Beschlussziffern 1-2-6

Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V 01894 „KVR Online 2023“ vom 16.12.2020 – Beschlussziffer  
5

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V XXXXX**

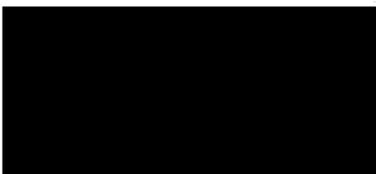
Beschlussvorlage für den IT-Ausschuss am 14.12.2022 (VB)  
Öffentliche Sitzung

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

**An das IT-Referat**

**- Vorab per E-Mail -**

Das Personal- und Organisationsreferat erhebt gegen die Beschlussvorlage "E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln" keine Einwände und zeichnet diese mit. Es wird darum gebeten, auch weiterhin in die Abstimmungen zu den geplanten Schritten eingebunden zu werden.



Berufsmäßiger Stadtrat

Datum: 27.10.2022  
Telefon: 233-22607  
Telefax: 233-27651

**Referat für Arbeit  
und Wirtschaft**  
Referent für Arbeit und  
Wirtschaft

Stellungnahme zum Beschlussentwurf  
„E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln“

**An das IT-Referat, RIT-I-IT-STRAC**

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) nimmt zur Sitzungsvorlage Nr. 20-26 „/ V 00000“ wie folgt Stellung:

Das RAW begrüßt die Fortführung des Projektes E-und Open-Government für die Jahre 2023 - 2025 und hält sowohl den weiteren zügigen Ausbau von nutzerfreundlichen und effektiven Online-Angeboten als auch die Weiterentwicklung und Optimierung der bestehenden eoGov-Basiskomponenten für dringend erforderlich.

Das RAW wird das Projekt weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen.

Datum:  
Telefon: 0 233-83500  
Telefax: 0 233-83533

**Referat für  
Bildung und Sport**  
Stadtschulrat

Stellungnahme des RBS zum Beschlussentwurf für den IT-Ausschuss am 14.12.2022  
Nr. 20-26 / V 00000 – „E- und Open-Government als stadtweite Aufgabe weiterentwickeln“

### **An das IT-Referat**

Sehr geehrte Damen\* und Herren\*,

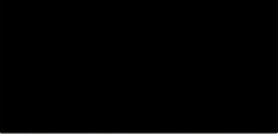
das RBS begrüßt die Fortführung des E- und Open-Government-Projekts und insbesondere die Bereitstellung, Weiterentwicklung und Optimierung der eoGov-Basiskomponenten, die auch teilweise im RBS bereits im Einsatz sind.

Analog zu unserer Stellungnahme zur Beschlussvorlage Nr. 20-26 / V 04500 – „Fortführung des Projektes E- und Open-Government 2022 – Umsetzung des OZG als gesetzlicher Auftrag, Ausbau nutzerfreundlicher, effektiver Online-Angebote für ein modernes, attraktives München“ für den IT-Ausschuss am 10.11.2021 hat das RBS auch bei der vorliegenden Beschlussvorlage Anmerkungen zur IT-Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Kapitel 4.3.2):

1. Es wird mittels eines globalen Berechnungsansatzes über einen Zeitraum von 15 Jahren eine pauschale Gesamtentlastung in Höhe von 27,7 Mio. € über alle Referate und Eigenbetriebe angesetzt. Um die Herleitung der Gesamtentlastung nachvollziehen zu können, wäre es hilfreich, wenn der Rechenweg transparent dargestellt werden würde.
2. Da bereits in der Beschlussvorlage Nr. 20-26 / V 04375 und V 04376 – „München Portal der Zukunft (MPdZ)“ hohe Effizienzgewinne durch Digitalisierung der Prozesse in den Fachbereichen prognostiziert und angesetzt wurden und die beiden Themen (MPdZ und eoGov) sehr eng verwoben sind, regt das RBS an, ein konsistentes und nachvollziehbares Modell zur Schätzung der Effizienzgewinne für alle verwandten Themen zu entwickeln, so dass transparent dargestellt werden kann, für welches Thema welche Effizienzgewinne (ggf. anteilig) veranschlagt werden.
3. Grundsätzlich sieht das RBS bei pauschal ermittelten Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen die Problematik, dass gemäß Beschlussvorlage „Transparente Darstellung und Controlling der Wirtschaftlichkeit bei IT-Projekten II“ BV 20-26/ V 01810 der dargestellte Nutzen haushaltswirksam in den Referaten und Eigenbetrieben berücksichtigt werden muss. Haushaltswirksame Einsparungen können aus Sicht des RBS aber erst dann relevant werden, wenn der Effizienzgewinn durch tatsächlichen Einsatz von zur Verfügung gestellten eoGov-Komponenten erzielt werden kann. Die konkrete Wirtschaftlichkeit ist dabei nicht pauschal, sondern einzelfallbezogen zu bestimmen.

Das RBS bittet um Berücksichtigung der angemerkten Punkte.

Mit freundlichen Grüßen

  
Stadtdirektor

Datum: 25.10.2022  
Telefon: 0 233-47314  
Telefax: 0 233-47605

**Referat für Klima- und  
Umweltschutz**  
Geschäftsleitung  
RKU-GL

**E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**  
20-26 / V \_\_\_\_\_

hier: Mitzeichnung der Beschlussvorlage des RIT

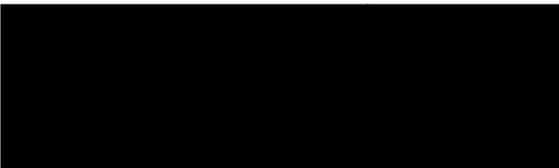
**An das Referat für Informationstechnologie, Beschlusswesen**

Sehr geehrte Kolleg\*innen,

das Referat für Klima- und Umweltschutz zeichnet die o.g. Beschlussvorlage mit und begrüßt ausdrücklich die damit verbunden Zielsetzungen.

Aus Sicht des Referates ist es aber zwingend notwendig, die Rolle der dezentralen Digitalisierungsmanager\*innen zu schaffen und qualifiziert zu besetzen. Insofern ist es bedauerlich, dass die Umsetzung dieses Punktes im Rahmen des Projekts P9 neoIT zurückgestellt wurde. Wir hoffen hier auf eine zeitnahe Befassung und Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Vertreter der Referentin

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Fr 04.11.2022 14:59

An:ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

---

**Von:**

**Gesendet:** Freitag, 4. November 2022 14:42

**An:** beschluesse.rit

**Cc:** ITM Beschlusswesen

**Betreff:** Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtgüter sind mit dem Beschluss „eoGov - Bericht und Anträge“ einverstanden.  
Die Stadtgüter melden Fehlanzeige.

--

Mit besten Grüßen

--

Landeshauptstadt München  
Kommunalreferat  
Stadtgüter München  
2. Werkleiter  
Freisinger Landstraße 153  
80939 München

Telefon: +49 89

Fax: +49 89

E-Mail pers:

E-Mail off: [sgm.kom@muenchen.de](mailto:sgm.kom@muenchen.de)

Internet: <http://www.stadtgueter-muenchen.de>

Wichtige Informationen zur elektronischen Kommunikation mit uns:

<http://www.muenchen.de/ekomm>

Diese Nachricht, inklusive möglicher Anhänge,  
enthält vertrauliche Informationen.

Wurde diese E-Mail irrtümlich an Sie geschickt,  
benachrichtigen Sie uns bitte und löschen Sie  
diese E-Mail komplett von Ihrem System.

Datum: 09.11.2022  
Telefon: +49 (89) 233- [REDACTED]



Landeshauptstadt  
München  
**Stadtkämmerei**

Haushaltswirtschaft und Finanzplanung  
Teilhaushalte  
SKA 2.12

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / Vxxxxx E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**

Beschlussvorlage für den IT-Ausschuss am 14.12.2022

Öffentliche Sitzung

An das IT-Referat

Die Stadtkämmerei erhebt grundsätzlich keine Einwände gegen die o.g. Beschlussvorlage.

Die Finanzierung wird im Rahmen der Beschlussvorlagen „Umsetzung des Eckdatenbeschlusses für das Haushaltsjahr 2023 - Produkt Zentrale IT“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06850 und 06851) vorgelegt. Hierzu verweisen wir entsprechend auf unsere Stellungnahme.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass die Beschlussfassung unter dem Vorbehalt der Finanzierungszusage aus dem o.g. Beschluss steht.

Diese Stellungnahme ist der Beschlussvorlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) und das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet

[REDACTED] am 08.11.2022

Datum: 07.11.22

Telefon: 233- [REDACTED]

Telefax: 233- [REDACTED]

**Sozialreferat**

Sozialreferentin

S-GL-GPAM/GPM-AM

Telefon: 233- [REDACTED]

### **E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**

„Münchner Mängelmelder-Plattform benutzerfreundlich und multifunktional gestalten“ - Antrag Nr. 20-26 / A-0572 von Herrn StR Fabian Ewald und Herrn StR Jens Luther der CSU-Fraktion vom 23.10.2020

„Viel nachgefragte Onlineangebote für Bürger\*innen und Unternehmen schnell einführen“ - Antrag Nr. 20-26 / A02536 von SPD/Grüne/RosaListe/Volt vom 16.03.2022

Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V05865 „Ergebnisse und Ableitungen der OpenData-Abfrage bei Referaten, Eigenbetrieben und Gesellschaften der LH München“ vom 18.05.2022 - Beschlussziffern 1-2-6

Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V01894 „KVR Online 2023“ vom 16.12.2020 - Beschlussziffer 5

### **Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00000**

#### **Beschluss des IT-Ausschusses vom 14.12.2022 (VB)**

Öffentliche Sitzung

#### **An das IT-Referat**

Sehr geehrte Damen\* und Herren\*,

mit Mail vom 21.10.2022 haben Sie mich um Stellungnahme zu der im Betreff genannten Beschlussvorlage (BV) gebeten. Ihrer Bitte möchte ich gerne nachkommen. An der Erstellung der Stellungnahme war meine Geschäftsleitung mit dem Bereich Geschäftsprozess-, Projekt- und Anforderungsmanagement (GPAM) beteiligt.

Zu Kapitel I, Ziffer 2.1, Seite 4, Umsetzung von Online Diensten - OZG und freiwillige Dienste und Kapitel II, Antragsziffer 2, Seite 23:

In der BV wird dargestellt, dass das Bayerische Digitalgesetz (BayDiG) „Themen wie Nutzungszentrierung, „digital first“ und Grundsätze für die Digitalisierung verankert“.

Dabei handelt es sich aber um nur einen geringen Teil der dort getroffenen Ausführungen.

Im BayDiG werden Regelungen zum Schriftformersatz, zur Nutzung des Bayern-Portals und der Bayern-ID, zum Recht der Nutzer\*innen aus analoge Dienstleistungen, zum Rollout von Einer-für-Alle-Leistungen (EfA-Leistungen), zum kommunalen Digitalpakt und zur eKomm Bayern „als Einrichtung der Leistungsverwaltung Kompetenzzentrum für die Bereitstellung digitaler Verwaltungsleistungen an Bürger sowie Unternehmen auf kommunaler Ebene“ (Artikel 53 Abs.1 Satz 1 BayDiG) getroffen.

Ich vermisse Aussagen darüber, ob und wie sich die städtische Strategie zu den dort getroffenen Regelungen stellt und welche Auswirkungen das BayDiG auf die städtische E-Governmentstrategie haben könnte. Ich bitte Sie, dies entweder in der BV zu ergänzen oder zumindest im Laufe des Jahres 2023 darzustellen.

Zu Kapitel I, Ziffer 2.1, Seite 5 Umsetzung von Online Diensten - OZG und freiwillige Dienste,

hier „wichtige freiwillige Leistungen“:

Ich möchte ergänzen, dass es sich bei wichtigen freiwilligen Leistungen nicht nur um Sozialleistungen für Geringverdiener handelt, sondern auch um die Weiterentwicklung von Angeboten, die sich an einen größeren Personenkreis wenden, wie z.B. „Elternbriefe“ und „Ferien- und Familienpass“, handelt.

Zu Kapitel I, Ziffer 2.2, Seite 6, Neu- und Weiterentwicklung der bestehenden eoGov-Basis-komponenten, hier: Besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPO):

Ich begrüße, dass in 2023 eine optimierte, nutzungsfreundliche Lösung eingeführt wird. Ich hoffe, dass hierunter auch die nachfolgend aufgeführten Funktionalitäten verstanden werden und bitte Sie, dies zu bestätigen:

- Schaffung Möglichkeit der gleichzeitigen Nutzung von mehreren Nutzenden
- Einbindung von E-Mail-Funktionspostfächern
- Intelligentes, automatisches Zuordnen von Nachrichten anhand von Aktenzeichen und anderen Attributen

Zu Kapitel I, Ziffer 2.2, Seite 6, Neu- und Weiterentwicklung der bestehenden eoGov-Basis-komponenten, hier: Login für externe Accounts (u. a. Bayern-ID, Unternehmenskonto Elster):

Ich bitte Sie, hier zu ergänzen, dass für einen ozg-konformen Zugang zu Verwaltungsleistungen und Schriftformersatz per Bayern-ID zwingend die Authentifizierung über Online-Ausweisfunktion oder Authega erforderlich ist. Diese Erfordernis stellt zumindest in den nächsten Jahren noch eine hohe Hürde für einen großen Teil der Nutzer\*innen dar und wird die Wirtschaftlichkeit von Online-Dienstleistungen beeinträchtigen.

Zu Kapitel I, Ziffer 2.4.2, Seite 8 Absatz 2, Nutzen von Open Data, Handlungsschwerpunkte: Sie stellen dar, dass die Digitalisierungsmanager\*innen der Referate eine zentrale Rolle bei der Open Data Governance spielen. Der Diskussionsprozess zu dieser Rolle ist im Kontext von neoIT, Projekt P9 nicht abgeschlossen. Die Ausführungen sind insofern nicht zutreffen. Ein Verweis auf die Rolle ist insofern falsch.

Zu Kapitel I, Ziffer 2.5.3, Seite 13, Onlinebeteiligungsplattform CONSUL, Empfehlung zum Vorgehen:

Ich begrüße die Empfehlungen zur langfristigen Sicherstellung des Betriebs der Bürgerbeteiligungsplattform CONSUL.

Ich bitte Sie dabei zu überprüfen, ob es für eine Münchner Bürgerbeteiligungsplattform tatsächlich ausreichend ist, wenn bei der Registrierung nur die Angabe eines Benutzer\*innennamens, einer Email-Adresse und die Vergabe eines Passworts erforderlich ist. Eine Verifizierung als Münchner Bürger\*in erfolgt damit nicht. Ich halte dies für einen wichtigen Baustein.

Zu Kapitel I, Ziffer 3, Seite 15, Thematisch zugeordnete Stadtratsanträge bzw. Stadtratsbeschlüsse, hier: Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 02536 „Viel nachgefragte Onlineangebote für Bürger\*innen und Unternehmen schnell einführen“ vom 16.03.2022:

Ich bitte Sie, unseren Textbeitrag dahingehend zu ergänzen, dass die elektronische Unterschrift nur über die Bayern-ID (Online-Ausweisfunktion bzw. Authega) sichergestellt wird.

Zu Kapitel I, Ziffer 4.1, Seite 17, Personal:

Sie weisen darauf hin, dass Sie für die Durchführung der zusätzlichen Aufgaben 5,6 VZÄ Personalressourcen benötigen. Dabei handelt es sich um 3 VZÄ für Strateg\*innen für die Fortschreibung der Strategie und 2,6 VZÄ Grundsatzsachbearbeitung u. a. für die Konzeption stadtweiter Basis-Dienste. Finanzierung und Beantragung der Stellen erfolgt über die für das Sozialreferat nicht einsehbare BV-Nr 20-26 / V 06850 und kann daher von mir nicht nachvollzogen werden.

Ich befürchte daher, dass die erforderliche Mitwirkung der Fachreferate und Eigenbetriebe für Umsetzung der Strategie und Nutzung der Basis-Dienste nicht mitbedacht wird.

Ich bitte Sie daher, in einem Folgebeschluss die fachlichen Bedarfe für die Umsetzung der E- und Open-Government Strategie mit zu beantragen.

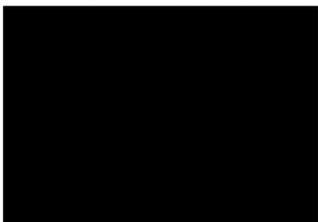
Zu Kapitel I, Ziffer 4.3, Seite 18, Feststellung der Wirtschaftlichkeit:

Sie machen die Aussage, dass die Ausweitung des Angebots an Online-Diensten und Plattformen belegbare Einsparungseffekte aufweist, ohne dies zu belegen. Ich bitte Sie, dies zu konkretisieren.

Online-Dienste stellen zunächst ein zusätzliches Angebot dar und erzeugen dadurch zunächst zusätzliche Kosten für die Verwaltung, dies muss von der Gesellschaft als solches akzeptiert werden. Wirkliche Einsparungseffekte ergeben sich, wenn im Rahmen der weiteren Digitalisierung eine Automatisierung erfolgt. Dies ist aber momentan noch nicht der Fall und der Weg dahin wird zumindest bei großen Fachverfahren, wie z. B. dem Wohngeldverfahren, noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Aber nicht nur die fehlende Automatisierung stellt eine Hürde für die Wirtschaftlichkeit dar. Die Nutzungszahlen der Online-Dienste weisen zumindest im Sozialbereich eine hohe Abbruchrate auf. Dies mag zum Teil an der fehlenden Affinität der Nutzer\*innen zum Digitalen zum anderen Teil aber an der Komplexität der deutschen Gesetzgebung liegen. Das bedeutet aber, dass das analoge Angebot alleine deswegen noch bestehen bleiben muss. Dies wird die Wirtschaftlichkeit von Online-Diensten beeinträchtigen. Ich bitte Sie, dies entsprechend darzustellen.

Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben, der dringenden Erfordernis, die Verwaltungstätigkeiten zu digitalisieren und des Wunsches der Bürger\*innen nach einem umfassenden Online-Angebot der Landeshauptstadt München zeichnet das Sozialreferat unter der Berücksichtigung der gewünschten Anpassungen die Beschlussvorlage mit.

Mit freundlichen Grüßen





# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Do 03.11.2022 10:58

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** it-service awm

**Gesendet:** Donnerstag, 3. November 2022 10:26

**An:** ITM Beschlusswesen; beschlusse.rit

**Cc:** mailbox-leitung.awm;

**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

der AWM begrüßt grundsätzlich die Fortsetzung des eoGov-Projektes und verzichtet auf eine weitere Stellungnahme.

Wir wünschen dem Projekt auch künftig viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Do 03.11.2022 12:48

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:**

**Gesendet:** Donnerstag, 3. November 2022 12:36

**An:** beschluesse.rit; ITM Beschlusswesen

**Cc:** mailbox-geschaeftsleitung.bau; mailbox-beschluss-und-berichtswesen.bau;

**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Baureferat nimmt die Beschlussvorlage zum Thema „E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln“ mit den nachfolgenden Stadtratsbeschlüssen zur Kenntnis.

- „Münchner Mängelmelder-Plattform benutzerfreundlich und multifunktional gestalten“ – Antrag Nr. 20-26 / A 00572 von Herrn StR Fabian Ewald und Herrn StR Jens Luther der CSU-Fraktion vom 23.10.2020
- „Viel nachgefragte Onlineangebote für Bürger\*innen und Unternehmen schnell einführen“ – Antrag Nr. 20-26 / A 02536 von SPD/Grüne/RosaListe/Volt vom 16.03.2022
- Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V05865 „Ergebnisse und Ableitungen der OpenData-Abfrage bei Referaten, Eigenbetrieben und Gesellschaften der LH München“ vom 18.05.2022 – Beschlussziffern 1-2-6
- Stadtratsbeschluss Nr. 20-26 / V 01894 „KVR Online 2023“ vom 16.12.2020 – Beschlussziffer 5

Mit freundlichen Grüßen

---

stellv. Teamleitung Anforderungs- und Geschäftsprozessmanagement

Landeshauptstadt München, Baureferat

GPAM - Anforderungs- und Geschäftsprozessmanagement

BAU-RG3-AM/GPM

Datum: 02.11.2022  
Telefon: 0 233-92509



**Direktorium**  
Geschäftsleitung  
Leitungsunterstützung  
D-GL1-LU

**E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**

**IT-Referat**  
**Büro der Referentin**



**Das Direktorium nimmt zu o. g. Beschlussvorlage wie folgt Stellung:**

Mit der Beschlussvorlage besteht von Seiten des Direktoriums Einverständnis.

Für das Direktorium stellt die gesamtstädtische Onlinebeteiligungsplattform CONSUL (vgl. Punkt 2.5 im Vortrag der Referentin) einen zentralen Baustein beim Ausbau der Öffentlichkeitsbeteiligung der Landeshauptstadt München dar. Die Empfehlungen zum weiteren Vorgehen (Punkt 2.5.3) werden ausdrücklich unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Mi 26.10.2022 13:34

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** Gesamtpersonalrat (GPR)

**Gesendet:** Mittwoch, 26. Oktober 2022 11:30

**An:**

**Cc:** ITM Beschlusswesen

**Betreff:** Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte

vielen Dank für die Zuleitung der Beschlussvorlage „eoGov - Bericht und Anträge“. Der Gesamtpersonalrat nimmt die Beschlussvorlage als Information zur Kenntnis, um als Mitglied des Lenkungskreises auch weiterhin das E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiter begleiten und unterstützen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende

Landeshauptstadt München  
Gesamtpersonalrat  
Marienplatz 8  
80331 München

**Abonniere den GPR!**



Telefon: +49 089/233-92359

Fax: +49 089/233-28149

E-Mail: [gesamtpersonalrat@muenchen.de](mailto:gesamtpersonalrat@muenchen.de)

WILMA: <https://wilma.muenchen.de/pages/gesamtpersonalrat/apps/content/uebersicht>

Datum: 03. Nov. 2022

Telefon: 0 233-47500

Telefax: 0 233-47505

**Gesundheitsreferat**

Referatsleitung

GSR-R

**E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**  
**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V**  
**Stellungnahme des Gesundheitsreferats**

IT-Referat

Das Gesundheitsreferat (GSR) nimmt die o.g. Bekanntgabe zur Kenntnis.

Wir begrüßen die Absicht, eine stadtweite Plattform für Online-/Videoberatung einzuführen. Das Gesundheitsreferat hat hierzu unter anderem in seinen Beratungsstellen konkreten Bedarf und bittet um Einbindung bei der Erhebung der fachlichen Anforderungen.

Hinsichtlich des beabsichtigten Supports für Bürger\*innen bei der Nutzung von Online-Angeboten der Landeshauptstadt München bitten wir zu berücksichtigen, dass die Online-Angebote nicht nur durch die Onlineformulare von RIT-I realisiert werden, sondern auch durch Onlinemodule verschiedener eingesetzter Fachanwendungen. Auch für diese wird häufig ein\*e Supportansprechpartner\*in für Bürger\*innen nachgefragt. Da die Bürger\*innen in der Regel nicht erkennen können, welcher Lösungsbaustein dem Online-Angebot zugrundeliegt, halten wir es für erforderlich, eine zentrale Supportstruktur für **alle** Online-Angebote der Landeshauptstadt München zu etablieren.

Wir bitten, diese Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

  
Stadtdirektorin

Datum: 03.11.2022

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]  
[REDACTED]

**Gleichstellungsstelle für  
Frauen**

GSt

## **E- und Open-Government als stadtweite Aufgaben weiterentwickeln**

### **Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00000**

#### **Stellungnahme der Gleichstellungsstelle für Frauen**

Die Gleichstellungsstelle für Frauen zeichnet die Sitzungsvorlage mit, wenn diese Stellungnahme der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt wird und sie im Vorlagentext Aufnahme findet.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen (GSt) unterstützt die E- und Open-Government – Digitalisierung. Sie weist grundsätzlich darauf hin, dass neben der digitalen Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und Geschlechter auch weiterhin stetig Möglichkeiten zur persönlichen und schriftlichen Kontaktaufnahme und Formularbearbeitung vorgehalten werden müssen, da rein digitale Lösungen nicht immer greifen oder verfügbar sein können.

Zur Prüfung der Basiskomponenten bittet die GSt um Mitaufnahme des Kriteriums „Geschlechtergerechtigkeit in Zugang und Nutzungsoptionen“, falls dieses Kriterium nicht bereits formuliert ist.

Auf Geschlechtergleichstellung ist ebenfalls im Ausbau aller drei Bereiche Vernetzung, Testung/Feedback und Mitgestaltung durch die Bürger\*innen zum Handlungsfeld „Sichtbarkeit und Öffentlichkeitsarbeit“ zu achten.

Die GSt bittet um enge Abstimmungen zwischen dem IT-Referat und dem Statistischen Amt zur Weiterentwicklung von Open Data, insbesondere zu den Fragestellungen Datenaufbereitung, Datenanonymisierung, Datenschutz und Open Data Leitfäden, sofern dies im Prozessablauf nicht bereits umgesetzt ist. Bei der Entwicklung von Open Data Leitfäden sind geschlechterbezogene Diskriminierung und die Berücksichtigung geschlechterbezogener positiver wie negativer Auswirkungen zentral zu berücksichtigen. Hierzu ist die Rückbindung zum Datenethik-Codex, in dem geschlechterbezogene Diskriminierungs-, Teilhabe- und Gleichstellungsbelange bei dessen Entwicklung ebenfalls zentral aufgenommen sein müssen, wesentlich.

Zur Erprobungsphase der Onlinebeteiligungsplattform Consul sind keine Aussagen dazu gemacht, wie sich die Beteiligung auf Frauen\* und Männer\* verteilt. Es sind ausschließlich technische und Verbreitungskriterien angeführt. Als weiterer Aspekt sollten Nutzungszugang und Nutzungsmotivation der Bürgerinnen\* und der Bürger\* wesentliche Berücksichtigung finden.

Sollten in der Umsetzung Fragestellungen zu geschlechterbezogenen Belangen auftreten, ist die GSt weiterhin gerne bereit, in ihren Möglichkeiten lösungsorientiert zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
Gleichstellungsstelle für Frauen

Datum: 26.10.2022  
Telefon: 0 233-25728



**Kommunalreferat**  
Geschäftsleitung  
Geschäftsprozess- und  
Anforderungsmanagement  
KR-GL-GL3

E- und Open-Government als stadtweite Aufgabe weiterentwickeln;  
Sitzungsvorlage für den IT-Ausschuss am 14.12.2022

### **An das RIT – Beschlusswesen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der mit Mail vom 21.10.2022 zugeleiteten o. g. Sitzungsvorlage bestehen seitens des Kommunalreferats grundsätzlich keine Einwände.

Wir teilen die Einschätzung der Vorlage, wonach eine Fortführung des Projekts – auch im Sinne der übergreifenden Digitalisierungsstrategie der LHM – erforderlich ist, um den diversen gesetzlichen Vorgaben sowie den Ansprüchen an zeitgemäße Angebote an die Öffentlichkeit einerseits, andererseits aber auch an moderne Arbeitsweisen im Sinne möglichst medienbruchfrei gestalteter Prozesse gerecht zu werden. Hierzu verweist die Vorlage insbes. auf die Bedeutung geeigneter Fachverfahren bzw. deren Einbindung in eine digitale Umgebung.

Wie die Erfahrungen aus der jährlichen Vorhabensplanung zeigen, besteht jedoch mit der hierfür notwendigen Verfügbarkeit von personellen Kapazitäten sowohl aus den Fachbereichen als auch seitens der IT, um die auch andere städt. Großprojekte konkurrieren, ein erheblicher limitierender Faktor. Diesen gilt es bei den einzelnen Umsetzungsvorhaben, zu denen die Vorlage allerdings vage bleibt, entsprechend zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Mi 02.11.2022 09:46

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Gesendet:** Mittwoch, 2. November 2022 09:45

**An:** ITM Beschlusswesen; beschluesse.rit

**Cc:**

**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen\* und Herren\*,

ich darf Ihnen auf diesem Weg mitteilen, dass seitens des Kulturreferats mit der Beschlussvorlage Einverständnis besteht.

Freundliche Grüße

--

Kulturreferat der Landeshauptstadt München

Referatsgeschaeftsleitung - GL-3

Sachgebiet Beschluss- und Berichtswesen

Burgstr. 4

80331 München

# WG: Bitte um Stellungnahme: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

ITM Beschlusswesen

Fr 04.11.2022 13:11

An:ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

---

**Von:**

**Gesendet:** Freitag, 4. November 2022 09:51

**An:** beschluesse.rit; ITM Beschlusswesen

**Cc:** BDR KVR; KVR Beschlusswesen StR; ;

**Betreff:** AW: Bitte um Stellungnahme: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen und Herren,  
das KVR ist grundsätzlich mit dem Beschluss einverstanden und meldet daher Fehlanzeige.

Das KVR möchte jedoch noch darauf hinweisen, dass

- seitens KVR der Bedarf nach einer strategischen technischen Basiskomponente für Videotermine für Kund\*innen über die entsprechenden Portale bestehen würde. Diese Basiskomponente findet sich jedoch nicht im aktuellen Beschlussentwurf.
- der auf Seite 7 genannte Bürgersupport noch nicht im Einsatz ist und eine Weiterentwicklung nicht nur mit dem KVR als zielführend angesehen wird. Der Bürgersupport muss bei Betriebsaufnahme alle Dienstleistungen umfassen, die die LHM aktuell auf muenchen.de anbietet. Eine Einschränkung auf Dienstleistungen des KVRs ist nicht bürgerorientiert.

Insoweit bittet das KVR, die Beschlussvorlage entsprechend zu ergänzen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

---

# WG: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

## ITM Beschlusswesen

Mi 26.10.2022 07:19

An: ITM Beschlusswesen <itm.beschlusswesen@muenchen.de>;

**Von:** Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ\*

**Gesendet:** Dienstag, 25. Oktober 2022 10:43

**An:** ITM Beschlusswesen

**Betreff:** AW: Beschlussabstimmung - eoGov - Bericht und Anträge

Sehr geehrte Damen\* und Herren\*,

für die KGL mache ich Fehlanzeige.

Beste Grüße

Landeshauptstadt München

**Oberbürgermeister**

Koordinierungsstelle zur

Gleichstellung von LGBTIQ\*